Monat die benachbarten schleswigschen und holsteinischen Häfen besuchen, im Juni Kreuzfahrten nach Rügen und Zoppot unternehmen und im Juli norwegische und schwedische Häfen anlaufen."

* Wie in Göttingen, so hat auch in Allenstein der „Erste Staatsanwalt" beim dortigen Landgericht, Herr Mantell, den Anspruch geltend gemacht, daß ihm gegenüber auch beim außerlichen Dienstverkehr seitens der Beamten des Gerichts die volle Titulatur in Anwendung gebracht, also die Anredeform „Herr Erster Staatsanwalt" statt der vielfach gebräuchlichen abgekürzten „Herr Staatsanwalt" gebraucht werde. Das bezügliche Schreiben an den Landgerichtspräsidenten lautet: „Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich hierdurch ergebenst mitzutheilen, daß ich es meinem Amte schuldig zu sein glaube, die mir durch Allerhöchste Ordre dem Gesetze gemäß verliehene Titulatur „Erster Staatsanwalt" nicht nur für den schriftlichen, sondern auch gleich allen anderen Beamten für den mündlichen Dienstverkehr in Anspruch zu nehmen, da für die bisher vielfach geübte Verweigerung desselben kein irgendwie stichhaltiger Grund existirt. Ich ersuche Ew. Hochwohlgeboren ergebenst, hiervon die Herren Mitglieder des Land- und Amtsgerichts und der Rechtsanwaltschaft gefälligst in Kenntniß setzen zu wollen. Der Erste Staatsanwalt. Mantell."

* Der preußische Minister der Landwirthschaft Dr. Lucius trat gestern in Begleitung des Regierungsraths v. Wilmowski eine Reise nach Pest an, um dort auf besondere Einladung des ungarischen Ministeriums in Vertretung des deutschen Reiches der feierlichen Eröffnung der Landesausstellung beizuwohnen. Es dürfte darin, bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", ein Act besonderer Courtoisie zu erblicken sein, daß ein activer Staatsminister, dessen Ressort an der Entwickelung der landwirthschaftlichen Verhältnisse Ungarns ein besonderes Interesse hat, mit dieser Mission beauftragt ist.

* * *

* Aus Wien wird uns geschrieben: „Wenn nicht die Vorgänge an den Grenzen Afghanistans eine Aenderung in den für diesen Sommer getroffenen Reisedispositionen des Zaren herbeiführen, wird derselbe in dem Monate August und zwar für einige Tage Gast des Kaisers Franz Joseph's sein und an dem Hoflager in Ischl verweilen. Die Begegnung der drei Herrscher, welche sich im vorigen Herbste in Ischl trafen, ist auch für dieses Jahr eine seit Monaten beschlossene Thatsache. Also insoweit war die Meldung des „Standard" correct, doch unrichtig bezüglich des Ortes, in welchem die Begegnung erfolgen soll. Nicht der Landsitz eines galizischen Magnaten (Potocki), sondern die Sommerresidenz des Kaisers Franz Joseph wird den Monarchen zur Versammlungsstelle dienen. Der Tag der Begegnung soll der 9. August sein. Kaiser Wilhelm findet sich auf seiner Rückreise von Gastein zum Besuche des österreichischen Hofes in Ischl ein und an demselben Tage, um wenige Stunden später, langt Kaiser Alexander III., aus Dänemark kommend, in dem freundlichen Städtchen des Salzkammergutes an — wenn, wie gesagt, die Frage um Penschdeh und Herat auf friedlichem Wege erledigt ist. — In vielfacher Form, doch überall in entschiedenster Art wurden die Wiener telegraphischen Meldungen der „Kölnischen Zeitung" und des „Fränkischen Courier" dementirt, welche, unter Anführung intimster Details, von neuerlichen Occupationsgelüsten Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan zu melden wußten. Ihr Correspondent käme nun mit einer Widerrufung dieser auf Sensation berechneten Depeschen des rheinischen Blattes zu spät — wenn er nur gleichfalls das Dementi zu bieten hätte. Ich kann Ihnen jedoch nach Informationen, die direct der berufenden Stelle entflammen, mittheilen, daß in den Bureaus des österreichischen Generalstabes auch nicht eine Zeile, nicht ein Wort über militärische Dispositionen für einen Vormarsch unserer Truppen außerhalb des occupirten Gebietes in der Herzegowina geschrieben wurde."

* Wie schweizerische Blätter melden, ist auf dem eidgenössischen Post- und Telegraphenamt augenblicklich eine Untersuchung im Gange, welche, wenn sie zu einem Ergebniß führt, für den betreffenden Beamten eine schwere Ahndung nach sich ziehen dürfte. Unter dem 10. März wurde ein vom Bundesrath Welti, dem Chef des Post- und Eisenbahndepartements, unterzeichnetes Schreiben an alle Post- und Telegraphenbureaus erlassen, welches diesen die Weisung ertheilte, dem für die Anarchistenuntersuchung bezeichneten Staatsanwalt Müller und den Untersuchungsrichtern Dednal und Berdez jede von ihnen gewünschte Auskunft über den Post- und Telegraphenverkehr bestimmter Persönlichkeiten sofort zu ertheilen und deren Beschlagnahmeverfügungen nachzukommen. Dieses Schreiben wurde in seinem vollen authentischen Wortlaut von dem „Révolté" in dessen erster in Paris erschienenen Nummer mitgetheilt, welche Mittheilung nur von einem eidgenössischen Post- oder Telegraphenbeamten ausgehen konnte. Dies war eine Warnung für die Anarchisten, zur Zeit jeden derartigen Verkehr unter sich einzustellen, und so ist es auch erklärlich, daß die Untersuchung nur sehr wenig zu Tage fördert. Da die Mittheilung des Schreibens in dem „Révolté" und nicht in der Most'schen „Freiheit" erfolgte, ist anzunehmen, daß sie von einem Beamten der französischen Schweiz ausging.

* Zum Tode Rosetti's wird der „Allgemeinen Zeitung" aus Bukarest, 22. April, geschrieben:

War auch die in der Krankheit C. A. Rosetti's in der Nacht vom Sonntag auf Montag eingetretene Katastrophe schon seit Wochenfrist vorauszusehen, so war doch die traurige Aufregung, welche dieser Todesfall hervorrief, eine ebenso allgemeine wie ungekünstelte. Die Blätter aller Parteien beeilten sich, den Verdiensten und Tugenden des Dahingeschiedenen ihre Anerkennung zu zollen, und wenn auch „Romania", das einflußlose Blatt der fusionirten Altconservativen und Unabhängig-Liberalen, den Tod Rosetti's mit einer kurzen Notiz von wenigen Zeilen abfertigt, so hat doch auch dieses in der Wahl seiner Mittel zur Bekämpfung der politischen Gegner niemals wühlerische Organ am Wirken und an der Persönlichkeit Rosetti's keine negative Kritik zu üben gewagt. Zwar wird eine solche für die Zukunft um so weniger ausbleiben, als ja der Radicalismus des verderblichen Bolkmannes Anhaltspunkte genug zu Bemängelungen und Einwendungen darbietet. Doch werden die Tadler lediglich an die Thatsache des theilweisen Widerspruchs der idealen Bestrebungen Rosetti's und der vorhandenen Zustände Rumäniens halten müssen, nachdem dessen im „Romanul" veröffentlichtes, vom 11. October vorigen Jahres datirtes Testament jene Verdächtigungen gegenstandslos machte, welche den Demokratismus Rosetti's nur als eine Maske zur Verfolgung selbstsüchtiger Ziele hinstellten. C. A. Rosetti, der einflußreichste Mann des Landes, dessen Wort viele Jahre hindurch die Kammer beherrschte, ist arm, so arm gestorben, daß er in seinem Testament seine Freunde um Bezahlung der Schulden bitten mußte, die er zu machen genöthigt war. Was aber die Uneigennützigkeit des verstorbenen Patrioten, welcher bekanntlich erst im Vorjahr ein ihm von seinen Freunden zugedachtes Nationalgeschenk unter Hinweis auf seine und seiner Söhne Arbeitskraft zurückgewiesen hatte, noch mehr hervortreten läßt, ist der Umstand, daß es den einflußreicheren Politikern Rumäniens in letzter Zeit durchaus nicht an Gelegenheit zur Bereicherung fehlte, wie ja die Geschichte so mancher in kurzer Zeit zu Millionären gewordenen Männer der Regierungspartei zur Genüge beweist. Von wahrhaft rührender Liebe und zärtlicher Dankbarkeit zeugen die Abschiedsworte, welche Rosetti in seinem Testament seiner Gattin widmet, und in welchen er alle Verdienste seines Lebens dieser an Charakter und Geist gleich hervorragenden, als Weib und Mutter unübertrefflichen Frau zuschreibt. Einfach und bescheiden, wie Rosetti Zeit seines Lebens gewesen war, wollte er auch seine Beerdigung haben. Ein einfacher Leichenwagen mit nur zwei Pferden ohne jedwedes Trauremblem bespannt; kein kirchlicher Pomp, keine militärische Parade; ein einziger Weltpriester solle die Einsegnung der Leiche vornehmen, bei deren Aufbahrung ebenfalls wenig Trauerinsignien angewendet werden dürften wie am Portale des Sterbehauses. Die Pietät der Hinterbliebenen für den letzten Willen ihres Oberhauptes hat sich, soweit es eben in ihrer Macht lag, an diese Bestimmungen des Testamentes gehalten. Gleichwohl war Dank der Theilnahme der Bevölkerung die Leichenfeier Rosetti's die großartigste und ergreifendste, welche Bukarest jemals gesehen. Die Einsegnung der Leiche fand heute Nachmittag zwischen 1 und 2 Uhr statt, worauf noch mehrere, die bürgerlichen Verdienste Rosetti's um sein Volk, namentlich aber für die Bauernschaft, und seine Vorzüge als Politiker, Publicist und Mensch betonende Ansprachen der Sorg von den Redacteuren des „Romanul" gehalten und auf den Leichenwagen gebracht werden sollte. Doch wurde dieses Recht vom Ministerpräsidenten Bratiano für sich und die alten Genossen des Verblichenen aus dem Jahre 1848 in Anspruch genommen. Die Spitze des Leichenzuges, dessen Gang durch die Stadt fast zwei Stunden beanspruchte, bildeten Schulen, Vereine und gewerbliche Corporationen mit fleißumwundenen Fahnen. Dann folgte die Kaufmannschaft Bukarests mit prachtvoller Trauerfahne und die Deputationen von Land- und Stadtgemeinden, Kränze und Blumenspenden für das Grab des populärsten Volksmannes tragend. Die Mehrzahl der Kränze war auf drei eigens für diesen Zweck abgeperrten großen Möbelwagen untergebracht, welche dem nach Rosetti's Wunsch nur mit zwei Pferden bespannten, schmucklosen Leichenwagen mit dem ganz unter Blumen und Kränzen verschwindenden Sarge voranfuhren. Mit ehrfurchtsvoller Stille ließ die in allen Straßen angesammelte unabsehbare Menschenmenge den Trauerzug passiren, um sich sodann den nach vielen Hunderten zählenden engeren Freunden des Verstorbenen anzuschließen, welche, mit dem Sohne Rosetti's, zahlreichen Ministern, Deputirten und Senatoren in ihrer Mitte, dem Sarge des großen Patrioten schon vom Trauerhause aus gefolgt waren. In allen Straßen, von allen Häusern wehten Trauerfahnen und schwarzumflorte Tricoloren; die Gaslaternen der Straßen, durch welche der Zug ging, waren angezündet und mit Flor umhüllt. Doch ob auch während der Leichenfeier keinerlei Polizeimaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen worden waren, so war doch nicht die geringste Störung zu beklagen. Rosetti hatte also Recht behalten, wenn er in seinem Testamente sagte, daß bei seinem Leichenbegängniß die Bevölkerung selbst die Ordnung aufrecht erhalten werde.

* Zwar hat die „Havas"-Depesche von einer angeblichen Niederlage der Italiener bei Massauah eine Bestätigung nicht gefunden, indessen scheint die Situation der Italiener am Rothen Meere deshalb doch nicht ganz frei von Gefahren zu sein, was man aus den Meldungen römischer Blätter entnehmen kann. So sind der „Tribuna" zufolge bei der afrikanischen Gesellschaft von Neapel Briefe aus Massauah eingelaufen, welche mittheilen, daß der auf der Reise nach Schoa durch die abessinischen Lande begriffen gewesene Dr. Traversi auf Befehl des Königs Johannes von Abessinien über die Grenze zurückgeschafft wurde und unverrichteter Dinge wieder in Massauah eingetroffen ist. Es wird in jenen Briefen ferner die Nothwendigkeit des Vorrückens auf Keren betont, wenn dasselbe nicht in die Hände der Rebellen fallen solle. Die bisherige egyptische Garnison stehe im Begriff, Keren zu verlassen; am 10. d. M. seien in Massauah 1000 mit Soldaten, Weibern, Kindern und Habseligkeiten beladene Kameele aus Keren eingetroffen und weitere tausend würden erwartet.

* Das in Paris erscheinende „XIX. Siècle" veröffentlicht einen Artikel über die fremden Arbeiter, dessen Hauptinhalt wir nach der Münchner „Allgemeinen Zeitung" nachstehend wiedergeben wollen:

„Ist die Regierung befugt, sich in die Arbeitsverhältnisse der auswärtigen Arbeiter zu mischen? Die Frage wurde in der letzten Sitzung der Société d'économie populaire erörtert, deren Präsident der Abg. Frédéric Passy ist. Schon lange beklagen sich unsere Arbeiter über die Concurrenz fremder Kameraden, die vorwiegend aus Deutschland, Belgien, England und Italien kommen. Es scheint, daß der fremde Arbeiter den französischen aus einer gewissen Anzahl Fabriken verdrängt hat, und ein Mitglied des Vereins stellte z. B. die Thatsache auf, daß in seinem Berufe, den Hemden- und Kragen-Zuschneidern, 60—80 Fremde, vorwiegend Belgier, noch keinen Augenblick gefeiert haben, während er und seine französischen Genossen nur 50—60 Francs verdienen können. Anläßlich der zwei letzten Enqueten über die Gewerbekrisis, deren eine von dem Pariser Gemeinderathe und die andere von dem Abgeordnetenhause veranstaltet worden war, ließen sich heftige Klagen über die Verwendung ausländischer Arbeiter vernehmen. Manchmal äußert sich die herrschende Spannung in bedauerlichen Thätlichkeiten und Schlägereien zwischen französischen und fremden Arbeitern. In Folge dessen haben einige Nationalökonomen die Frage aufgeworfen, ob es nicht thunlich wäre, die Hilfe des Staates anzurufen, damit er die Zulassung fremder Arbeiter verbiete oder wenigstens erschwere. Eine kurze Darlegung des Thatbestandes genügt, um das Undurchführbare eines solchen Planes zu beweisen. Sogar die starrsten Schutzzöllner, Herr Pouyer-Quertier voran, haben niemals verlangt, daß der Einfuhrzoll auf Rohstoffe oder fertige Fabrikate auch auf die Arbeitskräfte ausgedehnt werde. Dagegen sind es gerade unsere socialistischen, internationalistischen Arbeiter, dieselben, welche beständig von allgemeiner Brüderlichkeit und Aufhebung der Grenzen schwärmen, welche Ausweisungsmaßregeln gegen ihre belgischen, italienischen oder deutschen Brüder fordern, ohne zu bedenken, daß das Ausland an den französischen Arbeitern Vergeltung üben könnte. Im Grunde wird Niemand leugnen wollen, daß der Kosmopolitismus die Seele des Handels und der Industrie ist. Der Gewerbetreibende hat einen natürlichen Hang, diejenigen Werkzeuge zu bevorzugen, die am meisten hervorbringen und am wenigsten kosten. Wenn es also erwiesen wäre, daß die fremde Arbeit weniger kostet und mehr einträgt, als die einheimische, so könnten wir die Arbeitgeber, welche zu überseeischen und transatlantischen Arbeitern ihre Zuflucht nehmen, nur halb tadeln. Aber wir sind überzeugt, daß der französische Arbeiter der beste und nützlichste von allen ist. Die Fremden besitzen Eigenschaften, welche den Arbeitgeber auf den ersten Blick bestechen: sie sind sehr unterwürfig, sehr pünktlich, sehr bescheiden und gewöhnlich sehr mäßig. Sie verlangen 50 Cent. täglich weniger als die Franzosen, begehren aber Tagelohn statt Stücklohn, und nach einiger Zeit wird der Meister gewahr, daß sie ein Fünftel weniger schaffen, als die Franzosen, daß er in 12 Stunden so viel zu Stande bringt, als der Franzose in 10. Wir sprechen hier gar nicht von der bekannten künstlerischen Vollendung unserer guten Arbeiter, neben denen es den Fremden an Feinheit, Erfindungsgabe und Geschmack gebricht. Die französischen Arbeitgeber kennen das und würden sich auf die Anerbietungen der Fremden selten einlassen, wenn unsere Landsleute sich nicht selbst schadeten, indem sie übertriebene Lohnansprüche aufstellten oder die Rathschläge der socialistischen, collectivistischen, anarchistischen Hetzer befolgten. Wie oft muß nicht ein Fabrikant, den seine französischen Angestellten im Stiche gelassen haben, Fremde zu Hilfe rufen? Der Sturm legt sich, das Uebel ist aber geschehen und die Stellen sind vergeben. Der Neigung und der verhaßten Gesinnung vieler französischer Arbeiter gegen die Werkführer tragen auch noch dazu bei, daß diese Fremde bevorzugen, die gehorsamer und sicherer sind. Unseres Erachtens hat der Staat sich in die Frage nicht einzumischen. In diesem Sinne sprach auch vorgestern der Präsident Frédéric Passy, dessen Conclusionen lauteten: „An dem Tage, da man die Solidarität der Interessen begriffen haben wird, werden alle socialen Probleme ihrer Lösung nahe sein".

* Ein Rundschreiben des französischen Kriegsministers bringt die unbedingte Befolgung der in dem Reglement für die Cavallerie, vom 31. Mai 1882, in Betreff des Inathmensetzens der Pferde gegebenen Vorschriften in mahnende Erinnerung. In dem Schreiben ist gesagt worden, daß die Jahresarbeit der Waffe derart geregelt sei, daß aus der Befolgung der gegebenen Bestimmungen das erreichbare Maximum an Schnelligkeit und Ausdauer während der Herbstübungen hervorgehe; es sei daher gefährlich, mehr und anderes zu verlangen, und es müsse für die Zukunft von den verschiedenartigen Experimenten abgesehen werden, welche, unter der Gesammtbezeichnung von Raids, allgemein zu werden drohten; in verderblicher Weise schädigten dieselben die Grundprincipien der Pferdeschonung. So sehr es sich von selbst verstehe, daß die Reiterei sich im Felde den größten Anstrengungen unterzöge, um ihrem kriegerischen Endzwecke zu genügen, ebenso geringen praktischen Nutzen hätten die Raids im Frieden, und es sei daher grundfalsch, Versuche anzustellen, welche das Reglement weit entfernt sei zu billigen, da sie zu nichts Anderem führten, als im entscheidenden Augenblick die Wirksamkeit der Cavallerie in Frage zu stellen.

* Briefliche Nachrichten aus Panama bringen nähere Nachrichten über das Feuer, welches kürzlich die Stadt zerstört hat. Danach hatten die Aufständischen den Agenten der Pacific-Steamship Co. gefangen genommen, weil derselbe ihnen die Waffen und Munition nicht ausliefern wollte, die eines der Schiffe der Gesellschaft für die Regierung nach Colon gebracht hatte. Der amerikanische Consul remonstrirte, allein der Rebellenführer warf auch ihn ins Gefängniß und führte, als die Regierungstruppen herannahten, seine beiden Gefangenen mit sich fort. Es wurden einige Schüsse ausgewechselt, wobei die Wache des Rebellenführers getödtet wurde und dieser nur dadurch sich zu retten vermochte, daß er sich zur Erde warf und wartete, bis das Schießen aufhörte, worauf er, von den Regierungstruppen verfolgt, nach Colon zurückfloh. Die in der Stadt zurückgebliebenen Aufständischen hatten die Abwesenheit der Truppen benutzt, um das Gefängniß in Brand zu stecken, wobei Hunderte von Gefangenen umgekommen sein sollen. Da eine lebhafte Brise wehte, breiteten die Flammen sich rasch aus. Bei der Feuersbrunst sollen schreckliche Scenen vorgekommen sein. Mehrere Neger, welche man beim Plündern der brennenden Häuser abfaßte, wurden von den Mannschaften der „Galena" erschossen. Das Schreien und Jammern der Frauen und Kinder war schrecklich, die Leute waren der Verzweiflung nahe. Das Feuer wüthete die ganze Nacht, bis bei Tagesanbruch von der ganzen Stadt Colon nur noch etwa 20 Häuser an der Nordseite in der Nähe des Leuchtthurms und das Gewese der Pacific-Mail Co. übrig geblieben waren. So weit das Auge reichte, nichts als rauchende Trümmer; da die Häuser größtentheils aus Holz gebaut waren, so blieb schließlich nichts weiter übrig, als Asche und eine Anzahl feuerfester Schränke, welche die Feuersbrunst überdauert hatten. Die Scene der Verwüstung zu beschreiben ist unmöglich. Unter den verkohlten Leichen fand man auch diejenige eines Chinesen, welcher offenbar beim Versuch, sein Geld zu retten, verbrannt war; sein Kopf lag auf geschmolzenem Silber. Wie es heißt, sind 150 Jamaica-Neger erschossen. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß die Stadt nicht in Brand gesteckt worden wäre, wenn die Jamaica-Neger sich den Rebellen nicht angeschlossen hätten. Die Lage ist traurig; 10,000 Personen sind obdachlos und es sind kaum für drei Tage Lebensmittel vorhanden. Nachrichten aus Caledra zufolge haben die Parteigänger Preston's auch diese Stadt niedergebrannt und viele Ausschreitungen begangen.

* Die Deutschen in Brasilien haben, wie aus den Berichten dort erscheinender deutscher Zeitungen hervorgeht, den Geburtstag des Kaisers Wilhelm ebenfalls äußerst festlich und in gehobenster Stimmung begangen. In Petropolis hatte sich der deutsche Gesandte und bevollmächtigte Minister, R. Le Maistre, durch Veranstaltung eines glänzenden Gartenfestes in seiner Villeggiatur an der Feier betheiligt; in Rio war es die dortige deutsche Gesellschaft „Germania", welche die Festlichkeit veranstaltete, und in Porto Alegre wohnten der Festfeier Herr Consul Hellwig, Herr Consul der Brügger und der österreichisch-ungarische Consul Herr Teltscher bei.

Reichstag.

88. Sitzung vom 28. April 1885.

(Ausführlicher Schluß aus voriger Nummer.)

Die Zölle werden sodann in der Fassung des Commissionsantrags angenommen.

Zu Pos. 6d beantragt Abg. Merbach (Reichsp.) folgende Anmerkung:

a. Eisenkrappdraht 8 ℳ
b. Stahlkrappdraht 16 ℳ

und zu Pos. 15b 3

Krapen und Krapenbeschläge 72 ℳ

Geh. Reg.-Rath Mosler erklärt, daß über die Artikel eine Enquete von der Regierung veranstaltet worden ist.

Der Antrag des Abg. Merbach wird sodann zurückgezogen, worauf das Haus sich vertagt. Schluß 5 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr.

T.-O.: Wahlprüfungen, Anträge zum Zolltarif, Zollvereinigungsvertrag, Entwurf betr. Steuervergütung für Zucker.

Aus dem preußischen Landtage.

** Berlin, 28. April. Die nationalliberale Fraction des Abgeordnetenhauses ist jetzt mit einem Gegenantrag gegen den vom Abg. von Hüne eingebrachten Verwendungsgesetzentwurf hervorgetreten, einen Gesetzentwurf betreffend die Ueberweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände, dessen entscheidender Paragraph dahin geht, die auf Grund des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879 auf Peraßer entfallenden Summen nur insoweit zu allgemeinen Staatszwecken zu verwenden, als sie den Betrag von 5½ Monatsrate der Grund- und Gebäudesteuer übersteigen, letzterer Betrag aber den Communalverbänden zu überweisen. Die nationalliberale Partei hat die Entlastung der Communen von jeher als einen hervorragenden Bestandtheil ihres Steuerprogramms und als Ersatz für die Steuervermehrungen auf anderen Gebieten aufgefaßt, wie dies jahrelange Kundgebungen der Partei aus jüngerer und älterer Zeit beweisen, und sie hat den besten Weg zu diesem Ziel stets in der Ueberweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer erblickt. Auch conservative Parteiprogramme und die Regierung in früheren Verwendungsvorschlägen haben diesen Weg als den richtigen anerkannt. Wenn jetzt die Regierung und eine Mehrheit der Volksvertretung der Meinung sind, daß die allgemeine Finanzlage des Staats kein Hinderniß sei, diese oft versprochene und allein als dringendes Bedürfniß anerkannte Erleichterung eintreten zu lassen, wenn die Regierung und die Mehrheit der Volksvertretung hierfür die Verantwortlichkeit glauben übernehmen zu können und sonach über die Grundfrage, die Verwendung eines gewissen Betrags aus den staatlichen Einkünften zur Entlastung der Communen, eine feststehende Abmachung vorhanden ist, so kann die einzige praktische Aufgabe nur noch sein, einen Weg für die Ueberweisung zu finden, auf welchem die Fehler und Nachtheile, die dem Hüne'schen Antrage anhaften, möglichst vermieden werden und das geschieht offenbar durch den nationalliberalen Gesetzentwurf. Der Hüne'sche Antrag hat vor Allem das schwere Bedenken gegen sich, daß die nach ihm zu überweisenden Beträge den größten Schwankungen unterworfen sind. Diese Schwankungen können bei ruhigen Verhältnissen bis zu 100 Proc. betragen, bei außerordentlichen Ereignissen, wie Krieg und Mißwachs, noch mehr; die Beträge sind überhaupt im Voraus nicht zu bemessen. Darauf kann eine geordnete stetige Communalverwaltung füglich nicht gegründet werden; die Communalverbände würden sich unvermeidlich auf die größeren Beträge einrichten, und kämen, wenn diese dann einmal wegfallen, in die empfindlichsten Verlegenheiten. Ganz anders steht die Sache, wenn ihnen eine feste Quote der Grund- und Gebäudesteuer überwiesen wird. Es kommt ferner hinzu, daß die Verquickung der Communalinteressen mit der Reichszollpolitik, insbesondere mit den landwirthschaftlichen Zöllen, für beide Theile gleich bedenklich ist; es entsteht daraus auch die naheliegende Besorgniß, daß die Getreidezölle immer mehr erhöht und auch unter Umständen aufrecht erhalten werden könnten, die im allgemeinen Wohl deren Aufhebung oder Ermäßigung fordern würden. Es ist ferner allgemein anerkannt, daß die Grund- und Gebäudesteuer zu einer Staatssteuer überhaupt viel weniger geeignet ist als zu einer Communalsteuer und zwar aus dem Grunde, weil in der Form der Communalsteuer die verschiedene Belastung in den verschiedenen Provinzen und Gegenden ausgeglichen wird, weil die so sehr drückenden Communalsteuerzuschläge zu den Grund- und Gebäudesteuern dann gemindert werden oder wegfallen, weil dadurch der Weg für eine rationelle Reform der directen Besteuerung, namentlich unter stärkerer Heranziehung des mobilen Capitals, gebahnt wird und endlich weil für die Communen Objectbesteuerung des Grund- und Hausbesitzes ohne Berücksichtigung der Steuerfähigkeit der Eigenthümer (Schulden u. dergl.) sich deshalb eher rechtfertigen läßt, als für den Staat, weil die Leistungen der Communen zu einem großen Theile vorzugsweise dem Grund- und Hausbesitz zu Gute kommen und sich für Communalbesteuerung der Gedanke, die Steuern nach der Gegenleistung zu normiren, als viel weniger verwerflich darstellt, als für die staatliche Besteuerung. Ein rationeller Finanzreformplan muß die allmälige Ermäßigung schließlich vielleicht die vollständige Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer als letztes Ziel im Auge haben, auf diesem Wege würde durch den nationalliberalen Gesetzentwurf ein erster Schritt geschehen, während der Antrag Hüne überhaupt keine weitere Perspective zeigt. Die Wurzel heilte Frage des Vertheilungsmodus endlich, die in dem Hüne'schen Antrage zu den größten Schwierigkeiten führte, wird in dem nationalliberalen Vorschlag sehr einfach gelöst. Auch für die Staatsfinanzen ist der nationalliberale Antrag offenbar weniger bedenklich, als der des Herrn von Hüne. Dem Staat werden durch ersteren durchschnittlich sicher keine größeren Opfer auferlegt, eventuell müßte man sonst eine Herabsetzung der Quote ins Auge zu fassen. Daß aber die durch die Getreidezölle geförderten Schwankungen für den Staat keine Bedenken haben, dürfte um so weniger zu bezweifeln sein, als der Hauptumstand, welcher die Getreidezölle erniedrigt, eine gute Ernte, dem Staat durch andere Quellen (Eisenbahnen 2c.) erhebliche Mehreinnahmen verschafft. Die Meinung, daß nur bei Annahme der unveränderten Hüne'schen Anträge die Zustimmung des Reichstags gesichert sei, wird man nicht mehr aufrecht erhalten können. Wir waren stets der festen Ueberzeugung, daß die Zolltarifnovelle im Reichstag auch ohne die Abmachung über die Verwendung der preußischen Einnahmen zu Stande kommen wird, da ein großer Theil des Centrums seinen Wählern gegenüber gar nicht in der Lage ist, ohne die landwirthschaftlichen Zölle nach Hause zu kommen und an preußischer Steuerpolitik überhaupt gar kein Interesse hat, daß somit die Rücksicht auf die Entschließungen des Reichstags die Annahme der Anträge Hüne nicht rechtfertigen kann. Alle diese Erwägungen sind so eindringlich, daß man wohl hoffen darf, auch die anderen Parteien sowie die Regierung werden sich vor der Entscheidung noch einmal überlegen, ob nicht das Ziel, die Entlastung der Communen, auf dem von den Nationalliberalen vorgeschlagenen Wege besser und zweckmäßiger erreicht wird, als auf dem andern.

Sachsen.

* Leipzig, 29. April. Der Kaiser hat dem Rechtsanwalt bei dem Reichsgericht in Leipzig, Justiz-Rath Bussenius, den Rothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife verliehen.

* Leipzig, 29. April. Auf die vom hiesigen Verband deutscher Handlungs-Gehilfen dem Fürsten-Reichskanzler zu seinem 70. Geburtstag dargebrachten Glückwünsche ist heute folgendes Antwortschreiben eingegangen:

Berlin, 20. April 1885.

Für die freundlichen Glückwünsche zu meinem siebzigsten Geburtstage bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

von Bismarck.

Ein gleiches Dankschreiben ist den Kreisvereinen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (etwa sechzig) zugegangen.

—o. Die vor etwa 12 Jahren am Floßplatze von Herrn Sand erbaute Spritfabrik, deren Grundstück später an die Herren Neßoski und Meßgarten überging, ist in allen ihren Theilen im Abbruch begriffen und der mächtige Dampfkessel derselben nach Plagwitz überführt worden. Die Fabrik wird nicht wieder aufgebaut und das an dieser Stelle sehr werthvolle Areal kommt wahrscheinlich für Häuseranlagen in Verwendung.

* Grimma, 28. April. Da am 7. September d. J. in hiesiger Umgegend, rechts der Mulde, ein von Sr. Königlichen Hoheit dem commandirenden General Prinz Georg geleitetes Feldmanöver der Cavalleriedivision mit der zweiten Infanteriedivision stattfinden soll, kam heute Prinz Georg hierher, um eine Besichtigung der Bodenverhältnisse vorzunehmen. Mit dem Mittagszuge langte derselbe hier an und fuhr in Begleitung einiger Officiere nach dem Casino unserer Husarenofficiere im Schützenhaus und ritt dann in Gemeinschaft von Officieren in die Gegend von Nagewitz. Später nahm er, wie verlautet, seinen Weg nach Wurzen, um auch dort die Terrainverhältnisse der Umgegend für die Uebungen der Cavalleriedivision, die vom 27. August bis 4. September in Brigade und Division stattfinden sollen, in Augenschein zu nehmen.

△ Mittweida, 28. April. Vergangenen Sonnabend hielt die freiwillige Feuerwehr einen Commers ab, gelegentlich dessen eine Anzahl von Herren, welche schon seit langen Jahren Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr sind, durch Ehrendiplome ausgezeichnet wurden. Unter den eingeladenen Herren befanden sich Herr Bürgermeister Dr. Goldenberg, Herr Branddirector Weigand aus Chemnitz, der hiesige Branddirector Herr Heinig, eine große Zahl der Mitglieder der städtischen Collegien, des Feuerwehrausschusses, sämmtliche Ehren- und Altersmitglieder 2c. Ehrendiplome für 22jährige Dienstzeit erhielten 9 Mitglieder, für 21jährige 2 Mitglieder. Daran schloß sich die Ueberreichung des vom Corps selbst gestifteten Ehrenzeichens an die schon 21 Jahre im Dienste stehenden Feuerwehrleute, die übrigen neun Mitglieder, welche noch länger der Feuerwehr angehören, hatten dieselbe Auszeichnung schon vor 2 Jahren erhalten. Ferner wurden durch den Hauptmann des Corps neun anderen Mitgliedern, welche das 10. Dienstjahr zurückgelegt haben, gleichfalls Ehrenzeichen überreicht, worauf ein allgemeiner Festgesang den ersten Theil des Commerses schloß. Beim Beginn des 2. Theiles brachte der Hauptmann ein dreifaches Hoch auf Se. Majestät den König als Protector der sächsischen Feuerwehren aus, welches bei allen Anwesenden begeisterten Widerhall fand. Musikvorträge, Reden und gemeinschaftliche Gesänge wechselten darauf mit einander ab, bis die vorgerückte Zeit endlich zum Aufbruche mahnte. — Wie schon in früheren Jahren wird vom nächsten Sonntag ab mit dem von hier Abends 9 Uhr 55 Minuten abgehenden Güterzuge zur bequemeren Beförderung der Fremden, welche die hiesige Umgebung besuchen, die Personenbeförderung nach Chemnitz wieder eingerichtet werden, woselbst der Zug um 10 Uhr 56 Minuten eintrifft. Der Zug hält auf allen Stationen zwischen hier und Chemnitz. Dem Vernehmen nach soll diese Einrichtung nur bis Ende Mai bestehen und vom 1. Juni ab sollen neue Zugverbindungen auf der Strecke Döbeln-Chemnitz eingerichtet werden. — Wie es den Anschein gewinnt, macht der Spiritismus Anstrengungen, welcher auch hier einige Anhänger hat, etwas mehr als bisher hervortreten zu wollen.

— Wie man aus Chemnitz meldet, ist zwischen dem Inhaber des Thalia-Theaters und der dortigen Telegraphenbauanstalt von Hermann Pöge ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach vom 10. Mai ab das Theater sowohl, wie der Concertgarten des „Tivoli" allabendlich im elektrischen Lichte erstrahlen werden.

Plauen, 28. April. Am 25. ds. Mts. ist in dem großen Sitzungssaale des Rathhauses zu Plauen der Kreistag der Stände des Vogtländischen Kreises abgehalten worden. Dabei sind die von dem Kreissyndicus abgelegten Rechnungen justificirt, an sechs Studirende Stipendien von je 100 ℳ verliehen, überdies aber an Beihilfen für das laufende Jahr bewilligt worden: 300 ℳ für den Unterstützungsfonds für entlassene Blinde, 500 ℳ für die landwirthschaftliche Winterschule in Auerbach, 100 ℳ für die Diakonissenanstalt in Dresden, 200 ℳ für den Alterthumsverein zu Plauen, 400 ℳ für die kunstgewerbliche Fachzeichenschule zu Plauen, 100 ℳ für das Asyl für taubstumme Mädchen in Dresden, 100 ℳ für den Unterstützungsfonds für entlassene Schwachsinnige, 100 ℳ für den Sächsischen Fischereiverein, 400 ℳ für die Fachschule für Instrumentenbauer in Markneukirchen, 200 ℳ für das Bethlehemstift in Bad-Elster. Außerdem aber wurde beschlossen, dem in Adorf zusammengetretenen Hilfscomité für die durch die letzten Brände im genannten Orte Beschädigten einen Beitrag von 500 ℳ aus der Kreiscasse zu gewähren.

Reichenbach, 28. April. Früher als sonst und mit bedeutender Stärke treten in diesem Jahre die Gewitter auf. Der Gewitterabend der vorigen Woche bot bereits für den, der gerade im Freien sich befand, überwältigende Erscheinungen, trotzdem daß das Wetter damals unsere Gegend nur „leicht streifte", wie man zu sagen pflegt. Weit mehr noch war dies aber gestern der Fall. Nach einem außerordentlich schwülen Tage kamen Abends zwischen 8 und 9 Uhr die Wolken zur Entladung, die, immer mehr sich aufthürmend, bereits Nachmittags am Horizonte sichtbar wurden. Begleitet von einem heftigen Gewitterregen stand der Himmel eine Stunde lang unter fortwährenden Zuckungen und in mächtigen Feuerbüscheln fielen Blitz auf Blitz. Gegen 9 Uhr theilte sich das Wetter und zog in östlicher und südöstlicher Richtung ab. Die Natur hatte die längst ersehnte Erfrischung erfahren und das schmachtende Erdreich die erhoffte Sättigung.

l. Schneeberg, 28. April. Noch selten war die Vegetation im April in unserer Gegend schon so weit vorgeschritten als in diesem Jahre. An vielen Stellen blühen die Kirsch- und Birnbäume wie in den günstigsten Lagen unseres Vaterlandes. Ueberall Knospen und Keimen in Gärten, in Wäldern, an Straßen die Bäume, und bereits zeigen sich die Buchenwäl